

Birgit Homburger MdB

Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion



30. April 2010

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich freue mich, Ihnen heute eine erste Bilanz der FDP-Bundestagsfraktion vorstellen zu können. Die Bilanz steht unter dem Motto "Versprochen – Gehalten". Vor der Wahl sind wir u.a. angetreten mit der Forderung, Familien zu entlasten, Fehler bei der Unternehmensteuerreform und bei der Erbschaftsteuer zu beseitigen, die Investitionen in Bildung und Forschung auszubauen und den Bürgerrechten wieder Geltung zu verschaffen. In all diesen Bereichen haben wir gehalten, was wir vor der Wahl versprochen haben. Bereits jetzt sind die ersten Erfolge liberaler Regierungspolitik sichtbar. Wir werden auch weiterhin Schritt für Schritt umsetzen, was wir gemeinsam im Koalitionsvertrag vereinbart haben. Die 93 Abgeordneten der FDP-Bundestagsfraktion sind der Garant dafür, dass die liberale Handschrift des Koalitionsvertrages in der Koalition umgesetzt wird.

Mit freundlichen Grüßen

Ihre

Birgit Homburger

Freiheit in Verantwortung

Bilanz der FDP-Bundestagsfraktion zum 61. Ord. Bundesparteitag in Köln

Liberales Handeln

Mitten in den größten Nachwehen der Finanz- und Wirtschaftskrise haben wir Liberale Verantwortung für Deutschland übernommen. Mit einem klaren Programm für mehr Wachstum, Bildung und Zusammenhalt ist die schwarz-gelbe Koalition angetreten, um Deutschland aus der Krise zu führen. Es ist die Rolle der FDP-Bundestagsfraktion, die liberale Handschrift dieser Koalitionsvereinbarung durchzusetzen und öffentlich zu verteidigen.

Mit Stolz können wir feststellen, dass diese Koalition auf unser ständiges Drängen hin zum ersten Mal seit Jahren nicht über Steuererhöhungen debattiert, sondern Spielräume für Entlastungen der Mittelschicht schafft. Die FDP als Reformmotor macht den entscheidenden Unterschied zur Steuer- und Abgabepolitik von Rot-Grün und Schwarz-Rot. Wir setzen zuerst auf die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes und haben den Verteilungswettbewerb von Sozialdemokraten, Grünen und Linken gestoppt.

Wachstum gefördert, Arbeit gesichert, Familien entlastet

Durch eine kluge Politik des Krisenmanagements und gezielter Wachstumsimpulse haben wir in den letzten Monaten die konjunkturelle Talfahrt gestoppt. Insbesondere die Lage auf dem Arbeitsmarkt ist so stabil wie in keinem anderen hochentwickelten Land.

Mit dem **Wachstumsbeschleunigungsgesetz** haben wir den ersten Schritt zur angekündigten **steuerlichen Entlastung** insbesondere **von Familien** bereits zum 01. Januar umgesetzt. Familien mit Kindern werden durch die Anhebung des Freibetrages für Kinder auf 7008 Euro und durch die weitere Anhebung des Kindergeldes auf mindestens 184 Euro um insgesamt 4,6 Mrd. Euro entlastet. Millionen Fa-

milien haben Dank der FDP seit Januar mehr Netto vom Brutto. Mit der Einkommensteuerreform werden weitere Entlastungen für untere und mittlere Einkommen folgen – das Ziel von 24 Mrd. Euro Jahresentlastungswirkung und weitere Steuervereinfachungen haben wir fest im Blick.

Auch für **Unternehmen** haben wir zum 01. Januar eine Reihe von **steuerpolitischen Entlastungsmaßnahmen** umgesetzt. Durch eine Entschärfung der steuerrechtlichen Vorschriften bei der Gewinnermittlung, durch Verbesserung der Abschreibungsmöglichkeiten und im Bereich der Erbschaftsteuer durch eine mittelstandsfreundliche Regelung der Unternehmensnachfolge haben wir Unternehmen den Weg aus der Krise geebnet. Im Erbrecht werden Geschwister zudem nicht mehr wie Fremde behandelt. Damit hat die FDP die größten Wachstumshemmnisse und Ungerechtigkeiten der Unternehmen- und Erbschaftsteuerreform der Großen Koalition beseitigt. Zusätzlich haben wir im Wachstumsbeschleunigungsgesetz die geplanten Steuererhöhungen für Biokraftstoffe gestoppt. Die Investitionsbedingungen für erneuerbare Energien wurden verbessert, indem wir durch die Abschaffung rückwirkender Änderungen die Verlässlichkeit des Erneuerbare-Energien-Gesetzes wieder hergestellt haben.

Wir haben einen **Schutzschirm für Arbeitnehmer** aufgespannt. Mit dem Sozialversicherungs-Stabilisierungsgesetz sorgen wir für stabile Lohnzusatzkosten und verhindern mit Steuerzuschüssen den sonst unweigerlichen Anstieg der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung und zur Krankenversicherung. Wir sorgen dafür, dass die Arbeitnehmer mehr Netto vom Brutto haben und hunderttausende Arbeitsplätze in der Krise gesichert sind.

Bei der Verlängerung des Kurzarbeitergeldes hat die FDP-Bundestagsfraktion durchgesetzt, dass die **Förderung** stärker auf den **Mittelstand** zugeschnitten wurde. Deswegen ist das Auslaufen der teuren Konzernklausel ein Erfolg für die FDP. Wir haben auch durchgesetzt, tarifliche Kurzarbeit nicht zu fördern. Damit ist ausgeschlossen, dass es eine Tarifpolitik zu Lasten der Beitragszahler gibt.

Bildung hat Vorfahrt

Die Koalition von Union und FDP räumt den Investitionen in Bildung und Forschung eine höhere Priorität ein. Gerade bei einem strengen Konsolidierungskurs der Öff-

fentlichen Haushalte müssen die Investitionen in die Köpfe und in unser Wissen – den wichtigsten Rohstoff unseres Landes – gestärkt werden. Deshalb hat sich die FDP-Bundestagsfraktion erfolgreich für den dringend notwendigen Aufwuchs im Bereich der Bildung eingesetzt.

Insgesamt wird die schwarz-gelbe Koalition von 2010 bis 2013 zusätzlich **12 Mrd. Euro in Bildung und Forschung investieren**. Bereits 2010 werden davon 750 Mio. Euro wirksam – beispielsweise mit der besseren finanziellen Förderung von Studierenden. Damit Bildung nicht länger vom Geldbeutel der Eltern oder der Herkunft abhängt, hat die FDP die Einführung eines **Nationalen Stipendienprogramms** durchgesetzt. So können mittelfristig 10 Prozent der Studierenden auf ein Stipendium bauen. 300 Euro Stipendium monatlich – zu gleichen Teilen mit öffentlichen und privaten Mitteln finanziert – ermutigen Studieninteressierte für eine Hochschulausbildung, die sie sonst aus ökonomische Gründen nicht gewagt hätten. Mit der **Bafög-Novelle** haben wir zusätzlich die Bafög-Sätze und die Einkommensfreibeträge erhöht sowie den bürokratischen Aufwand bei der Beantragung reduziert.

Verantwortungsethik für Manager und Banker

Als zentrale Lehre aus der Finanzmarktkrise müssen Risikobereitschaft und Haftung wieder in Einklang gebracht werden. Dass Unternehmer mit ihrem privaten Einkommen für die Folgen ihrer Entscheidungen haften, sorgt für verantwortliches Handeln. Der Mittelstand hat sich als Grundfeste der deutschen Wirtschaft in der Krise bewährt. Anders einige Banken und große Kapitalgesellschaften. Für die FDP-Bundestagsfraktion ist deshalb unerlässlich, dass auch dort die persönliche Haftung der Handelnden stärker geltend gemacht werden muss und sich die Verursacher der Krise auch an den Kosten einer Rettung beteiligen müssen.

Die Koalition zieht die richtigen Konsequenzen aus der Finanzmarktkrise und hat Maßnahmen zur **Bankenregulierung** auf den Weg gebracht. Mit der Reform der Finanzaufsichtsstrukturen werden diese deutlich effizienter gestaltet. Das Reorganisationsverfahren für systemrelevante Banken stellt sicher, dass diese Geldinstitute künftig geordnet abgewickelt werden können. Die **Bankenabgabe** trägt dazu bei, dass die Banken entsprechend ihres Geschäftsmodells einen Beitrag zur Risikovorsorge für Finanzmarktkrisen leisten. Nicht zuletzt stellt die Verlängerung der Verjährungsfrist für die Organhaftung bei börsennotierten Aktiengesellschaften von 5

auf 10 Jahre eine deutliche Verbesserung bei der Durchsetzung von Ersatzansprüchen dar. Derzeit setzen wir die international beschlossenen Prinzipien für **Standards für solide Vergütungspraktiken** in deutsches Recht um, für mehr Transparenz und Vergütungsstrukturen, die nicht zur Übernahme von unkalkulierbaren Risiken verleiten.

Treffsicherer Sozialstaat

Die Koalition aus FDP und Union steht vor der großen Herausforderung, das deutsche Sozialsystem zukunftsfest und zum Nutzen der Gesellschaft zu gestalten. Unser Anspruch an Reformen ist es, die Treffsicherheit des Sozialstaates zu erhöhen. Unser Ziel ist, Menschen, die arbeitslos werden, schnell und direkt zu vermitteln, und Langzeitarbeitslosigkeit möglichst gar nicht erst entstehen zu lassen.

Die Koalition hat eine ganze Reihe von gesetzlichen Änderungen auf den Weg gebracht, die das Sozialsystem gerechter und leistungsfreundlicher machen. Mit der **Verdreifachung des Schonvermögens** für Hartz-IV-Empfänger auf 750 Euro pro Lebensjahr haben wir die eigenständige Altersvorsorge gestärkt und bestrafen nicht länger diejenigen, die ihr Leben lang hart gearbeitet, mit dieser Leistung zum Wohlstand unseres Landes beigetragen und vorausschauend für das Alter vorgesorgt haben.

Ferienjobs von Schülerinnen und Schülern werden nicht länger auf die Hartz-IV-Bezüge der Eltern angerechnet. Leistung muss sich auch für engagierte Jugendliche lohnen. Wir halten den ersten Kontakt zur Arbeitswelt gerade für Kinder aus sozial schwachen Familien für besonders wichtig. Es geht dabei um Erfahrungen des Gelingens, die Entwicklung von Selbstbewusstsein und das Erlernen von Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten. Liberale Sozialpolitik verhindert, dass sich Armut und Bedürftigkeit über Generationen vererben, auch deshalb setzen wir uns für **bedarfsgerechte Regelsätze für Kinder** ein.

Wir haben in der Koalition durchgesetzt, dass jedem arbeitslosen Jugendlichen unter 25 Jahren innerhalb von 6 Wochen ein **verpflichtendes Arbeits- oder Fortbildungsangebot** gemacht wird. Nimmt er dieses nicht an, wird sein Regelsatz nach aktueller Rechtslage gekürzt. Alleinerziehende Arbeitssuchende erhalten von den Jobcentern jetzt mehr Unterstützung bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Gemeinsam mit der Union und der SPD haben wir die Grundgesetzänderung zur **Reform der Jobcenter** auf den Weg gebracht und so die effiziente Betreuung der Langzeitarbeitslosen aus einer Hand gesichert. Die FDP hat sich dafür eingesetzt, dass zukünftig mehr Kommunen die eigenverantwortliche Betreuung der Langzeitarbeitslosen übernehmen können. Die Ausweitung der Optionskommunen und die Stärkung der ARGEen führen zu möglichst effektiver Zusammenarbeit und dem effizienten Mitteleinsatz bei der Vermittlung von Langzeitarbeitslosen.

Gesundheitssystem nachhaltig gestalten

Gesundheitspolitik erfordert in besonderer Weise das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger. Nach 11 Jahren, in denen immer neue, kurzatmige und wenig ausgereifte Kostendämpfungsgesetze gemacht wurden, muss das System jetzt langfristig und nachhaltig auf feste Grundlagen gestellt werden.

Bei den vereinbarten Eckpunkten zur Reform des Arzneimittelmarktes setzen wir nicht nur, wie dies Vorgängerregierungen getan haben, auf kurzzeitig wirkende Sparmaßnahmen, sondern verankern mit der geplanten Verhandlungslösung zwischen den Arzneimittelherstellern und den Krankenkassen strukturelle Neuerungen und wettbewerbliche Elemente im Arzneimittelmarkt. Über kurzfristig wirksame Maßnahmen wird die Belastung der Versicherten vermindert. Mit den Eckpunkten haben wir eine gute Balance zwischen einem weiterhin schnellen Zugang der Versicherten und Patienten zu Innovationen und einer bezahlbaren Arzneimittelversorgung gefunden. Daneben werden wir zeitnah Maßnahmen ergreifen, um eine gute und flächendeckende ärztliche Versorgung auch künftig sicherzustellen.

Mit der „Kommission zur nachhaltigen und sozial ausgewogenen Finanzierung des Gesundheitswesens“ treibt die Koalition die zukunftsfeste und konjunkturunanfällige Reform der Einnahmeseite der gesetzlichen Krankenversicherung voran.

Solide Finanzpolitik

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat tiefe Spuren im Haushalt der Bundesrepublik hinterlassen. Die ab 2011 geltende Schuldenbremse und die geplanten Reformen

bei Steuern, Bildung und Gesundheit verlangen einen konsequenten Konsolidierungskurs der Koalition. Dabei gehen für die FDP-Bundestagsfraktion Haushaltskonsolidierung und Steuerentlastungen für untere und mittlere Einkommen Hand in Hand. Wir werden die Mitte der Gesellschaft, die die Hauptlast des Staatshaushaltes schultert, entlasten und stärken, für zukünftig solide Staatsfinanzen.

Im Haushalt 2010 hat die FDP-Bundestagsfraktion bereits **100 Anträge aus ihrem Liberalen Sparbuch** umgesetzt. So ist es gelungen, die noch von SPD-Finanzminister Peer Steinbrück veranschlagte Neuverschuldung um knapp 6 Mrd. Euro zu reduzieren und gleichzeitig Familien und Unternehmen um etwa 8 Mrd. Euro zu entlasten. In den nun anstehenden Beratungen für den Haushalt 2011 werden wir den Staat von weiteren unnötigen Ausgaben befreien und Spielräume für Reformen schaffen.

Freiheit und Sicherheit

Die Abwägung von Freiheit und Sicherheit muss in einer Koalition immer wieder aufs Neue getroffen werden. Neue Technologien, veränderte Gefahrensituationen und nicht zuletzt das Verhalten der Bürgerinnen und Bürger selbst stellen den Gesetzgeber fortwährend vor neue Herausforderungen.

Die FDP-Bundestagsfraktion hat sich dafür eingesetzt, weitere **Einschränkungen von Bürger- und Freiheitsrechten zu verhindern**. Beispielsweise haben wir die umfassende Evaluierung von ELENA veranlasst. Auch die von der FDP-Bundestagsfraktion seit Jahren geforderten Maßnahmen zur Stärkung der Pressefreiheit und zur Entschädigung bei überlangen Gerichtsverfahren sind auf den Weg gebracht. Das ist ein echter Paradigmenwechsel in der Innen- und Rechtspolitik, von den rot-grünen und schwarz-roten Vorgängerregierungen zur schwarz-gelben Koalition mit der Bürgerrechtspartei FDP.

Mit der **Reform der Strafprozessordnung** (§ 160a StPO) haben wir das Vertrauensverhältnis zwischen Anwalt und Mandant gestärkt. Auf Initiative der FDP wird das Mandatsgeheimnis gestärkt und die Ungleichbehandlung zwischen Anwälten und Strafverteidigern in der Strafprozessordnung beseitigt, indem wir den absoluten Schutz vor strafprozessualen Beweiserhebungs- und Verwertungsmaßnahmen auf alle Rechtsanwälte erweitert haben. Wer Rat und Hilfe bei einem Anwalt sucht,

kann zukünftig also auf einen umfassenderen Schutz vor staatlicher Überwachung vertrauen.

Die FDP-Bundestagsfraktion hat damit zentrale Forderungen zur Stärkung der Bürgerrechte bereits zu Beginn der neuen Wahlperiode in Angriff genommen. Ein weiterer Beweis dafür, dass die Achtung der Grundrechte und die Verteidigung des liberalen Rechtsstaats für die FDP-Bundestagsfraktion auch weiterhin ein zentraler Baustein ihrer Politik sein wird

Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Mobilität schafft die Voraussetzungen für Beschäftigung, Wohlstand und persönliche Freiheit. Deutschland braucht deshalb flexible, umweltfreundliche und leistungsfähige Transportsysteme. Zugleich wollen wir energieeffizientes Bauen und eine sozial wie ökologisch intelligente Stadtentwicklung voranbringen.

Zusammen mit dem Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung haben wir eine konkrete Projektliste für die Teile des Koalitionsvertrages erarbeitet, die mit Priorität umgesetzt werden sollen. Schwerpunktthemen sind u.a. die Elektromobilität, der Öffentliche Personennahverkehr und die Bahnpolitik. Mit der Umsetzung des „**Nationalen Entwicklungsplans Elektromobilität**“ wollen wir die Voraussetzungen dafür schaffen, dass bis zum Jahre 2020 auf deutschen Straßen **eine Million Elektrofahrzeuge** zum Einsatz kommen und Deutschland zu einem Leitmarkt für Elektromobilität wird. Mit der rückwirkenden Förderung für die Rußpartikelfilter-Nachrüstung für Pkw und die Ausweitung auf leichte Nutzfahrzeuge haben wir uns in der Koalition durchgesetzt. Die dazu notwendige Rechtsverordnung ist fertig und tritt in Kürze in Kraft.

Mit dem Haushaltsplan 2010 wird gewährleistet, dass die Städtebauförderung auf dem bisherigen Niveau fortgesetzt wird. Für die ländlichen Räume haben wir ein neues Förderprogramm „Kleine Städte und Gemeinden“ im Umfang von 20 Millionen Euro aufgelegt. Das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm konnte auf Druck der FDP von ursprünglich vorgesehenen 1,1 Mrd. Euro auf nunmehr 1,5 Mrd. Euro aufgestockt werden. Die Novellierung des Bauforderungssicherungsgesetzes ist nach vielen Beratungen vorbereitet und wird bis zur Sommerpause ins parlamentarische Verfahren gehen.

Umweltpolitik mit mehr Marktwirtschaft

Deutschland braucht eine Umweltpolitik der Generationengerechtigkeit und der Innovation. Marktwirtschaftliche Elemente müssen in der Gestaltung der Umweltpolitik verstärkt Einfluss finden und durch verlässliche Politik Planungssicherheit bei den Unternehmen und Vertrauen bei Verbrauchern geschaffen werden.

Die FDP-Bundestagsfraktion setzt sich für den **ausgewogenen Energiemix** ein, einzelne Energiegewinnungsarten werden zukünftig von der schwarz-gelben Koalition nicht länger übersubventioniert. Mit der Einmal-Absenkung der Solarförderung ist es uns gelungen, die Überförderung zu vermeiden, ohne das Wachstum der Solarenergie zu gefährden. Zugleich hat die FDP erreicht, dass der Anpassungsmechanismus so geändert wird, dass die Förderabsenkung 2011 geringer ausfällt, als vom Umweltminister ursprünglich vorgesehen. Das schafft Vertrauen bei Handwerkern, Projektentwicklern und Anlagen-Käufern und gibt der Solarbranche mehr Planungssicherheit.

Die FDP-Bundestagsfraktion wird sich dafür stark machen, dass im Nachgang zum UN-Klimagipfel in Kopenhagen auf internationaler Ebene doch noch ein rechtsverbindliches **internationales Klimaschutzabkommen** für die Zeit nach 2012 zustande kommt, das die wesentlichen Komponenten des Kyoto-Protokolls umfasst. Wir bekräftigen unser Ziel, in Deutschland die Treibhausgasemissionen bis 2020 um 40 Prozent gegenüber 1990 zu senken.

Freiheit im digitalen Zeitalter

Das Internet ist nicht länger nur eine technische Plattform, sondern entwickelt sich zu einem integralen Bestandteil des Lebens vieler Menschen. Für Bürgerinnen und Bürger, für Wirtschaft und Wissenschaft ist ein freier, ungehinderter Zugang zum Internet von großer Bedeutung und entscheidet mit über den Wohlstand eines Landes. Die Entfaltung der Freiheitsrechte, im besonderen Maße das Persönlichkeitsrecht und das Recht auf informationelle Selbstbestimmung, müssen im digitalen Zeitalter gewahrt und ihre Durchsetzbarkeit gesichert werden. Die Koalition hat deshalb im Deutschen Bundestag die **Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“** eingesetzt, die sich mit den soziologischen und politischen Auswirkungen dieser Veränderungen befasst.

Gesamtkonzept Afghanistan

Außenpolitisch stand insbesondere unser Engagement in Afghanistan im Mittelpunkt der Debatten. Die Sicherheitslage ist in Teilen Afghanistans nach wie vor angespannt und auch im Kommandobereich der Bundeswehr im Norden des Landes ist der Einsatz, wie die in den letzten Wochen gefallenen Soldaten auf traurige Weise dokumentieren, von großen Risiken geprägt.

Ziel der Koalition bleibt es, in Afghanistan ein stabiles Umfeld zu schaffen und damit zu verhindern, dass das Land wieder ein Rückzugsraum für Terroristen wird. Die afghanische Regierung muss in die Lage versetzt werden, selbst für die Sicherheit und Ordnung im Land zu sorgen. Selbsttragende Sicherheit ist eine wesentliche Voraussetzung für die internationale Staatengemeinschaft, das militärische Engagement in Afghanistan schrittweise zurückzufahren und schließlich ganz zu beenden. Um das zu erreichen, haben wir eine **neue Strategie** für das deutsche **Afghanistan-Engagement** entwickelt. Vorgesehen ist ein engeres und nachprüfbares Zusammenwirken von zivilen und militärischen Maßnahmen. So haben wir die Mittel für den zivilen Wiederaufbau auf 430 Millionen Euro pro Jahr verdoppelt und die Mandatsobergrenze auf maximal 5.350 Soldaten angehoben. Schwerpunkt des zusätzlichen militärischen Einsatzes wird die Ausbildung der afghanischen Sicherheitskräfte und der Schutz der afghanischen Bevölkerung sein. Damit rücken wir das strategische Ziel der „Übergabe in Verantwortung“ konsequent in den Fokus.

Deutschland gestalten

Die FDP-Bundestagsfraktion ist auch in Zukunft Garant für liberale Politik in Verantwortung. Wir werden dafür sorgen, dass die liberale Handschrift in dieser Koalition erkennbar ist. In Verantwortung, Gestaltungswillen und mit einem klaren liberalen Kompass werden wir Deutschland gestalten. Für eine wirtschaftlich, kulturell und sozial erfolgreiche Zukunft.